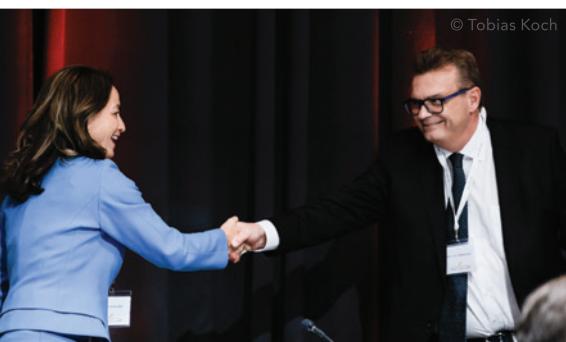


Wählen, Warken, Weichenstellungen

BZÄK-Bundesversammlung mit neuem Vorstand und politischen Positionen

Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer wählte am 31. Oktober und 1. November in Berlin einen neuen Geschäftsführenden Vorstand und gab ihm politische Beschlüsse als Arbeitsaufträge sowie einen soliden Haushalt mit auf den Weg. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken drückte sich im Gegensatz zu ihrem Amtsvorgänger nicht vor einem Auftritt vor den 139 Delegierten und sprach über die potenzielle Rolle der Zahnärztinnen und Zahnärzte bei der geplanten Konsolidierung der GKV-Finanzen.



Stabwechsel: Prof. Dr. Christoph Benz gratuliert seiner Nachfolgerin Dr. Romy Ermler zur Wahl als neue Präsidentin der Bundeszahnärztekammer.

Die Spannung im Saal war beinahe greifbar, denn die bisherige BZÄK-Vizepräsidentin Dr. Romy Ermler (Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte Land Brandenburg) forderte den Präsidenten der BZÄK, Prof. Dr. Christoph Benz (Freier Verband Deutscher Zahnärzte heraus. Die Verdienste von Prof. Benz unterstrich Dr. Barbara Mattner, Vizepräsidentin der Bayerischen Landeszahnärztekammer, als sie ihn zur Wiederwahl vorschlug: „Als Präsident der Bundeszahnärztekammer repräsentiert er mit seinem unvergleichlichen Charisma und seiner Strahlkraft gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit eine starke, freie Zahnärzteschaft in Deutschland.“ In der Aussprache arbeitete BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl mit eindringlichen Formulierungen „die Bedeutung einer Persönlichkeit wie Christoph Benz“ heraus: „Die Bundeszahnärztekammer ist keine Körperschaft, sie ist ein Verein, getragen von den Landeszahnärztekammern. Ein Kommunikator und Menschenfänger wie er ist unbezahl-

bar für eine Institution, die vorwiegend durch die Kraft der Worte und durch bestehende Argumente wirken muss.“

Dennoch wurde die Freiverbands-Gallionsfigur Prof. Dr. Christoph Benz an der Spitze der BZÄK von Dr. Romy Ermler abgelöst. Als neue Vizepräsidenten stehen ihr Dr. Ralf Hausweiler, Präsident der Zahnärztekammer Nordrhein, und Dr. Doris Seiz, die hessische Kammerpräsidentin, zur Seite. Nach der Wahl bedankte sich der neue Geschäftsführende Vorstand bei dem bisherigen Präsidenten und dessen Vizepräsidenten Konstantin von Laffert „für ihren jahrelangen Einsatz für die BZÄK und ihre wichtigen Weichenstellungen“. Für die bevorstehende vierjährige Amtszeit kündigte das neue Trio an: „Unser Ziel ist es, die Kolleginnen und Kollegen in den Praxen bestmöglich zu unterstützen und zu stärken – sei es durch die Weiterentwicklung der Gebührenordnung für Zahnärzte, den Abbau von Bürokratie, die Sicherung von Fachkräften oder die Fortsetzung der zahnmedizinischen Präventionserfolge.“ Die Bundesversammlung wählte auch den neuen Finanzausschuss. Die Haushaltspolitik der Bundeszahnärztekammer wird künftig Dr. Dorothea Schmidt aus Bayern mitgestalten.

Bundesgesundheitsministerin würdigt Präventionserfolge

In ihrem Grußwort erklärte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU), die Regierungskoalition sei entschlossen, die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung auch über das Jahr 2026 hinaus zu konsolidieren. Der Zahnärzteschaft attestierte Warken vorbildliche Erfolge durch Prophylaxe. Der Anteil der Zahnmedizin an

den Gesamtausgaben der GKV sei erheblich zurückgegangen. Gleichzeitig habe sich die Mundgesundheit der Deutschen in allen Altersgruppen deutlich verbessert. Zudem senke zahnärztliche Vorsorge Gesundheitsrisiken, etwa von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Rheuma. Die Ministerin stellte fest: „Von der zahnärztlichen Versorgung lässt sich einiges lernen.“

Politik müsse die Rahmenbedingungen schaffen, um die hohe Qualität der zahnärztlichen Versorgung zu erhalten. Dazu arbeite man im Bundesgesundheitsministerium an mehreren Reformprojekten: dem Abbau unnötiger Bürokratie, der Digitalisierung und einer Novellierung der Zulassungsverordnung. Auch zentrale Fragen wie die Versorgung im ländlichen Raum, Niederlassung und der Fachkräftemangel stünden auf der Agenda ihres Hauses, so die Bundesgesundheitsministerin, denn: „Die Herausforderungen sind groß, aber lösbar.“ Zum Umgang mit MVZ kündigte sie an, eine Regulierung erneut anzugehen.



Bundesgesundheitsministerin Nina Warken lobte die Erfolge zahnärztlicher Prophylaxe: „Die gute Entwicklung ist das Ergebnis Ihres Engagements und einer klaren Ausrichtung auf Prävention.“



Die bayerische Delegation brachte sich bei der Bundesversammlung mit Anträgen dafür ein, Anreize für Zahnärzte im Ruhestandsalter zu schaffen und die Kinderbetreuung zu sichern, auch um die Verfügbarkeit von Fachkräften zu steigern.

GOÄ-Entwurf von Bundesärztekammer, PKV-Verband und Beihilfe kein Maßstab für GOZ

Als oberstes Beschlussorgan der BZÄK konkretisierte die Bundesversammlung mit zahlreichen Beschlüssen auch die Leitlinien der Berufs- und Standespolitik. Mit Blick auf die angekündigte Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) positionierte sie sich einstimmig auf der Linie der Bayerischen Landeszahnärztekammer, dass der vorliegende Entwurf nicht für eine Übernahme in die GOZ geeignet ist. Dr. Dr. Frank Wohl argumentierte, die GOÄ könne und dürfe weder Maßstab noch „Startschuss“ für die Entwicklung einer neuen GOZ sein.

© Tobias Koch



Aktivrente: BZÄK greift Initiative von Dr. Dr. Wohl auf

Gemeinsam mit Delegierten aus Baden-Württemberg und Berlin brachten bayerische Delegierte einen Antrag ein mit dem Ziel, die neue sogenannte Aktivrente – einen steuerlichen Freibetrag für das Arbeiten im Ruhestandsalter – auch für Selbstständige zu öffnen. Den Anstoß dazu hatte BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl gleich nach Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung zu einer Aktivrente für Angestellte mit einer Presseinformation am 19. September gegeben. Dr. Dr. Wohl verdeutlichte: „Jeder Zahnarzt wird gebraucht. Da die Heilberufe systemrelevante Mangelberufe sind, müs-

sen auch niedergelassene Kolleginnen und Kollegen in die Aktivrente einbezogen werden. Hier geht es um Wertschätzung: mehr Freiraum für ältere Zahnärztinnen und Zahnärzte, die ihre Praxen aufgebaut haben und nach Jahrzehntelanger erfolgreicher Tätigkeit weiterführen wollen. Das ist auch ein entscheidender Beitrag zum Erhalt der zahnmedizinischen Versorgung im ländlichen Raum.“ Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Kinderbetreuung stärken – mehr Verfügbarkeit von Fachkräften

Die bayerischen Delegierten brachten einen weiteren Antrag ein, der auf eine bundesweit verlässliche, flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung abzielt. Darin heißt es wörtlich: „Die zahnärztliche Versorgung in Deutschland steht und fällt mit der Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit hochqualifizierter Zahnärztinnen, Zahnärzte, Zahnmedizinischer Fachangestellter und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Praxen.“ Auch dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK